

# Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig  
Gerberstr. 14 Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 4 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einlegung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 53

Sonnabend, den 31. Dezember 1921

25. Jahrgang

## Zum Jahreswechsel

allen Verbandsmitgliedern, Freunden  
und Mitarbeitern unsere  
besten Wünsche.

Schriftleitung, Zentralvorstand.

## Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streik-, Zugang fernhalten“ in jedem Fall Erfindungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzubringen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

### Geherrt:

Betrieb Reiner in Augsburg-Bersee. Firma Buchmeyer in Gerde. In Bremen die Grabsteingeschäfte Berger und Krause E. Nidel, Fr. Wachsmuth, Eggert, Winter und Ruch. Naumburg (Platz Horn). Jahr i. Baden das Grabsteingeschäft von Franz und Albert Sieferle. Grabsteingeschäft Franz Wolf in Paderborn. In Singl. Firma Siefan (Kunststeinfabrik). In Mülhausen, Thür., sämtliche Grabsteingeschäfte und der Platz Högel u. Ortlepp in Geyerode.

### Streik:

In Bismar bei der Firma Dyerhof & Neumann (Marmorwerk). Bauen. Im Schotterwerk Trohna hat der Unternehmer Krause 40 Kollegen ausgesperrt, weil sie auf die Anerkennung des Tariflohnes in in Ebersbach und Gundersdorf bestanden. In den Plattenstein- und Schotterwerken Wilhelm u. Co. in Alenstädt und Wilhelm Busche in Sülstedt (wegen Nichtanerkennung eines Schiedspruches).

### Zugang ist fernzubalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streik von Osterwald (Platz Meine u. Nlemann), Osnabrück (Unternehmer haben den Tarif gekündigt), Billingen (Firma Bühler). Von den Grabsteingeschäften in Friedberg und Bad Nauheim (Hessen), von Münden.

Feuerungsvorlage-Verhandlungen, die von unserem Verbandsvorstand beim Verband Deutscher Granitwerke in Karlsruhe beantragt waren, finden am 9. Januar in Würzburg statt.

### Erlebte Bewegungen.

Golbisthal. Die Löhne der Gesteinarbeiter erhöhten sich vom 1. Dezember 1921 an gegenüber den Löhnen vom 8. September um 85 Prozent. Der Höchststundenlohn beträgt 7.50 Mark. Das neue Abkommen läuft bis 1. Januar 1922.

Deffau. Vom 16. Dezember an beträgt der Stundenlohn für Steinmetzen 12 Mark.

Sachsentariff (Marmor). Vom 16. Dezember 1921 Stundenlohn: 13.50 Mark; Aufschlag: 1250 Prozent.

Sachsentariff (Marmor). Vom 23. Dezember 1921 an Hauer 18 Mark, Schleifer 12.85 Mark; im ersten Halbjahr lernende Schleifer 11 Mark, im zweiten Halbjahr Schleifer 12 Mark, Hof- und Hilfsarbeiter 11 Mark.

Halle. Vom 14. Dezember an beträgt der Stundenlohn für Steinmetzen 12.70 Mark, für Schleifer 11.35 Mark, Schleiferinnen 6.50 Mark, Hilfsarbeiter 8.65 Mark.

Sangerhausen. Die Differenzen im Zahlstellenbereich sind zur Zufriedenheit der Kollegen beigelegt. Der Stundenlohn beträgt stets 10 Prozent mehr wie der jeweils am Sitz der Zahlstelle tariflich festgesetzte Maurerlohn.

## Zur Jahreswende.

I.

Ein Jahr herum! Eine eigentlich im ewigen Weltall und angeht des Kreislaufs des Planeten Erde um die Sonne recht willkürliche und widersprüchliche Auffassung. Denn wie der Kreis weber Anfang noch Ende hat, so steht es auch beim Kreislauf der Erde um die Sonne. Man könnte nach freiem Ermessen das „Neujahr“, d. h. den Ablauf und Neubeginn der Zeitspanne, die die Erde gebraucht, um sich einmal um die Sonne zu schwingen, auf jeden beliebigen Tag, ja auf jede beliebige Minute festsetzen, und es wäre dann genau so richtig oder falsch, als wenn wir sagten, das neue Jahr beginnt mit der ersten Sekunde des ersten Tages im Januar. Der Kreislauf der Erde um die Sonne hat eben weder Beginn noch Schluß. Aber da unserer Zeitrechnung die jedesmalige vollständige Drehung der Erde um die Sonne zugrunde gelegt ist und die dazu erforderliche Zeitspanne ein Jahr genannt wird, letzten unsere würdigen Ahnherren, um zu einer Zeitrechnung zu kommen, nach eigenem Ermessen den „Jahresanfang“ auf den ersten Januar fest. Wir als gehorsame Nachfahren beugen uns der Weisheit der Alten und betrachten den ersten Januar jedes Jahres als offiziellen Jahresbeginn.

Es hat sich der Brauch herausgebildet, am Jahresbeginn Rückschau und Ausblick zu halten. Rückschau auf das verfllossene Jahr, Ausblick auf die kommende Zeit. Leider weisen beide nichts Gutes, weder in politischer noch in wirtschaftlicher Beziehung. Obwohl der Weltkrieg nunmehr über drei Jahre hinter uns liegt, ist für die Welt von politischen Leidenschaften zerrissen. Die „Idealen“, für die die Entente im Bunde mit fast allen Staaten des Erdballs zu kämpfen vorgab, sind längst zu Schall und Rauch geworden. Nichts mehr vom „heiligen Selbstbestimmungsrecht der Völker“, nichts mehr von „Recht, Freiheit und Zivilisation“. Und der „Völkerbund“, dem anzugehören manche Völker auch heute noch nicht für „würdig“ be-

juden werden, ist zur jämmerlichsten Komödie herabgesunken. Raum wüthte noch einer, daß so etwas wie der Völkerbund vorhanden wäre, wenn dieser nicht selbst hin und wieder durch schwülstige Tiraden seine Scheinexistenz verkündete. Um seine „heiligen Gesetze“ kümmert sich aber heute kein Staat und vor allem nicht die durch den Weltkrieg neuerstandenen Raubstaaten. Nach wie vor herrscht die brutale Faust, und wer am rücksichtslosesten auf den Tisch und unter die Völker schlägt, auf dessen Seite befindet sich das Recht. Abstrümpfung? Daß es Phöbus erbarme! Jeder möchte den Belg waschen, ohne ihn naß zu machen. Und die Folge ist, daß der Militarismus — das vornehmste Schutzmittel des kapitalistisch-imperialistischen Systems — in allen Ländern, außer in den durch Ententemachtanspruch dazu gezwungenen, seine Giftblüten munter weitertreibt.

Das „Wehe den Besiegten“ hat sich im verflossenen Jahre an den im Weltkrieg unterlegenen Völkern nur noch verhängnisvoller bewahrt. Der Versailler Gewaltfrieden und das Diktat von London bedrückten aber nicht nur die Besiegten, diese Machtprüche breiten ihre lähmenden Schwingen auch über die Siegerländer, oder genauer ausgedrückt über die Arbeiterklasse dieser Länder. Denn die Kapitalisten dieser Länder leiden nicht, sie ahnen höchstens die Not der Arbeiterklasse. Und den Kapitalisten in den besiegten Staaten drückt der Schuß höchstens so, daß es sich dabei zur Not noch recht anständig leben läßt. Jedenfalls trägt der Gewaltfrieden von Versailles und dessen Erfüllungserlangen die Schuld an dem in den letzten Monaten besonders rapid aufstretenden Valutasturz vor allem in den im Weltkrieg unterlegenen Staaten, so daß die Inflation immer größer wird und die Deutschland auferlegte „Buße“ und Lieferungspläne dafür sorgt, daß die Arbeiterschaft weniger in Deutschland, als vor allem in den Siegerstaaten von großer Arbeitslosigkeit heimgeführt wird. Und in den während des Weltkrieges neutral gebliebenen Staaten sieht es ähnlich aus. Alle Völker leiden unter der Wahnsinnspolitik von Versailles, doch unerbittlich heischen die Sieger, obwohl sich auch in ihren Kreisen schon manche gewichtige Vernunftstimme hören läßt, immer noch die Erfüllung ihres Diktats, unbekümmert um das sich mehr und mehr ausbreitende Elend, denn die Willensvollstrecker der Siegerstaaten sind die Trabanten und Nutznießer des imperialistischen Kapitalismus und Militarismus, sie sind es, die Weltgeschichte machen und dabei nach Menschlichkeit und Recht so wenig fragen wie nach Wohlergehen der Arbeiterklasse...

Und diese? Ach, damit sieht es trostlos genug aus. Nur in einigen Staaten, wie Deutschland und Oesterreich, hat die Arbeiterschaft noch einen gewissen Machtseinfluß, er wäre dort noch größer, ja ausschlaggebend, wenn die Arbeiterparteien eine wären und sich in ihrer trostlosen Berriffenheit nicht gegenseitig beschimpften und bekämpften. Dieser Bruderkampf ist das Traurigste, was vor allem der deutschen Arbeiterklasse passieren kann. Deren moralisches politisches Ansehen hat vor allem in letzter Zeit durch die verschiedensten Vorgänge dermaßen gelitten, daß ihre Gegner ihnen bei den Wahlen schon manche empfindliche Schlappe beigebracht haben. Die Perspilleterung, Verschimpfung und Herunterreißerei geht munter weiter.

Und die Arbeiterbewegung in den anderen Ländern? Ganz gewiß: Die Gewerkschaftsbewegung hat wie in Deutschland auch dort im allgemeinen ihre Einheitslichkeit mit Erfolg behauptet. Aber die Gewerkschaften haben heute alle Hände voll zu tun in der Bekämpfung des Wachstums und der jagenden Teuerung durch Lohnausgleich beizukommen. Ihre Haupttätigkeit wird dadurch fast ausschließlich in Anspruch genommen. Die politische Arbeiterbewegung aber ist wie in Deutschland auch im Ausland zerrissen und außerdem durch den starken Indifferenzismus der Massen bei weitem einflussloser als in Deutschland. Loren, die da hoffen, daß in einem der Ententeländer etwa durch die politische Machtgreifung der Arbeiterklasse der Wahnsinnspolitik der heutigen Ententemachtgeber Einhalt geboten werden könnte. Dazu ist dort — ausgenommen vielleicht in England — die Arbeiterbewegung noch viel zu schwach.

So ist also auch der Ausblick für die nächste Zukunft außerfrübe. Wir sehen, daß der Kapitalismus ganz gewaltig erkrankt ist; vor allem in den Siegerländern und den neugeborenen Staaten regt sich die Reaktion immer mehr und entzieht der Arbeiterschaft eine wirtschaftliche Position nach der anderen. Auf die Resolutionen und Beschlüsse des Internationalen Arbeitsrats, das auch nur ein recht bescheidenes Dasein fristet, preisen die kapitalistisch orientierten Länder, sie suchen im Gegenteil mit dem Nichtstundentag und anderen sozialen Einrichtungen aufzuräumen. Stellenweise ist ihnen das schon gelungen. Es fragt sich nur, ob in der Arbeiterklasse endlich die Vernunft Einkehr hält, um den Kapitalistenbestrebungen endlich die geeinte Macht des Proletariats entgegenzusetzen. Vorab sieht es damit noch jämmerlich aus, und es scheint, daß die Arbeiterschaft noch manchen Reich bitterer Erfahrung wird leeren müssen, ehe sie sich auftrifft zu einheitlichem Denken und Handeln.

Manches wäre noch zu retten, wenn das Proletariat sich in Einigkeit fände, wenn alle Utopistereien und vertriebenen Wünsche zurückgestellt und zunächst die bestehenden Freiheiten und Errungenschaften verteidigt würden, und wenn dann folgerichtig versucht würde, auf dem behaupteten Terrain weiterzubauen. Um dazu aber zu gelangen, ist die proletarische Einheitsfront — offen und ehrlich und ohne Sondergestelle — erstes Erfordernis. Ob wir sie im kommenden Jahre erleben werden? Der Hoffnungspunkt darauf zeigt nur ein schwaches Glimmen. Aber hoffen wir trotzdem. Einmal wird die Vernunft siegen müssen. Daß es bald geschieht, ist unser Wunsch für das neue Jahr!

II.

Was war? und was wird? Auf diese Fragen wird manches unserer Verbandsmitglieder nicht nur sein persönliches Erleben im Familienkreis am Jahreschluss zusammenfassend einstellen, auch auf die Berufsorganisation — der wirkungsvollen Hilfe im Daseinskampf — sind diese Fragen anwendbar; denn die Organisation ist mit der wirtschaftlichen Existenz der Kollegen und Kolleginnen eng verflochten.

Zu Beginn des nun zur Reize gehenden Jahres waren die allgemeinen Verhältnisse ähnlich wie jetzt am Schluss, nur mit dem Unterschied, daß die Lebenshaltungskosten noch nicht auf solche Höhe gestiegen waren und der Wirtschaftskreislauf von Lebenshaltungskosten und Lohn hatte damals noch nicht eine solche Spannung aufzuweisen wie augenblicklich. Die Hoffnungen auf Besserung der allgemeinen Lage, die wir am Jahresbeginn hegten, sind nicht erfüllt worden, sie konnten nicht erfüllt werden aus Gründen, die zum Teil im Einleitungsartikel kurz dargelegt wurden. Aber trotzdem haben die Gewerkschaften auch im Jahre 1921 ihr Möglichstes getan, um die Wirkungen der breit- und tiefverastelten Wirtschaftsverhältnisse auf die Existenzmöglichkeit der einzelnen Mitglieder abzumehren. Ja! Die Gewerkschaften haben immer erneut den klaren Beweis erbracht, wie notwendig und unentbehrlich sie im Daseinskampf sind.

Wie würde es wohl heute mit der Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger aussehen, wenn die starke Gewerkschaftsbewegung nicht vorhanden wäre? Und doch gibt es heute noch Arbeiter, Angestellte und Beamte, die keiner Gewerkschaft angehören, die jeder Aussprache darüber aus dem Wege gehen, höchstens aufhorchen am Bahntag, wenn durch die organisierte Kraft der anderen mehr Lohn oder Gehalt für sie abfällt. Sie halten es sogar für selbstverständlich, daß andere für sie sorgen, streiken und kämpfen, und trotzdem sind diese billigen Nutznießer nicht dauernd aus ihrer Leisetzerei aufzuseuchen!

Dann gibt's wieder einen Teil Arbeiter, Angestellte und Beamte, die wohl Mitglied geworden, aber mit der ganzen gewerkschaftlichen Aufmachung nicht vertraut sind, sich auch durchaus keine ernstliche Mühe geben, es zu ergründen. Beim ersten Anlaß schlagen sie sich wieder seitwärts in die Büsche, denn besonders die Ordnung im Beitragszahlen, das regelmäßige, so Woche für Woche, fällt ihnen auf die Nerven und hat durchaus nicht ihre Zustimmung. Ein anderer Teil wiederum, und das sind nicht die Schlechtesten, nur die Unruhigsten. Die messen alles nach der eigenen, von der Hand in den Mund lebenden, kümmerlichen Existenz, die trotz aller angestrengter Arbeit nur noch unerträglich wird. Diese Kollegen und Verbandsmitglieder sind mit der ganzen gewerkschaftlichen Arbeit nie recht zufrieden, und in ihrer verbitterten Einstellung, die durchaus zu verstehen ist, überschätzen sie meistens Kraft und Einfluß der gewerkschaftlichen Organisationen.

Anderer wieder sind immer emsig an der Arbeit, sie suchen, gestützt auf ihre gewerkschaftliche Erkenntnis und Erfahrung, jede Situation auszunutzen und verstehen Kraft und Energie, die der Zusammenstoß mit sich bringt, immer an der richtigen Stelle einzusetzen und auszuwerten. Auswerten für die Gesamtheit ihrer Kollegen im Betriebe oder am ganzen Ort. Die Erziehung zu solcher unermüdbarer Tätigkeit darf nimmer erlahmen, ist eine unserer Hauptaufgaben. Wer von unseren Verbandsmitgliedern sich einmal die Mühe nimmt, nur die Notizen über „Erlebte Bewegungen“ im Steinmetz zu prüfen, der wird die Wichtigkeit des vorstehend Gesagten bestätigen müssen. Die Mitgliederwerbung hängt damit eng zusammen. Mit 45 478 sind wir in das Jahr 1921 eingetreten, Mitte des Jahres wurden 46 882 gemustert, und jetzt am Jahreschluss können wir konstatieren, daß dieselbe Mitgliederzahl vorhanden ist wie zum Jahresbeginn. Das bedeutet nach außen hin Stagnation, und man sagt, es sei gleichbedeutend mit Rückgang; aber wer tiefer schürft in der Mitgliederbewegung, wie wir sie alle Vierteljahre bekanntgeben, und dazu die Verhältnisse der Steinindustrie heranzieht, wird ganz andere Verhältnisse feststellen können.

Es ist ein außerordentliches Verdienst der Zahlstellen, Bezirke und Gaue, daß die Mitgliederzahl auf dieser Höhe gehalten werden konnte. Allerdings liegen die Schlußziffern vom 4. Quartal noch nicht vor und verhindert so eine eingehende Würdigung der Mitgliederbewegung im Zu- und Abgang für das ganze Jahr. Allein 45 neue Zahlstellen konnten im Jahre 1921 gegründet werden. Der hierdurch erworbene Zuwachs an Mitgliedern wurde ausgeglichen durch den Abgang einer ziemlich Anzahl von Kollegen vom Beruf zu anderer, lohnenderer und gesünderer Beschäftigung. Mit circa 5000 im ganzen Jahr ist diese Zahl der Kollegen nicht zu gering geschätzt, die den Beruf gewechselt haben. Es waren dies in der Hauptsache Facharbeiter, also nicht Arbeitskräfte, die nur so gelegentlich in die Steinindustrie hineintreten und dann wieder verschwinden. Diese Facharbeiter — sei es, daß sie am Felsen arbeiteten oder den Stein gruben oder in Sägerei, Schleiferei tätig waren oder gar noch qualifiziertere Arbeit, z. B. als Steinmetz oder Bildhauer, leisteten — werden der Naturindustrie noch einmal sehr empfindlich fehlen; zumal der Nachwuchs an Facharbeiter fast gänzlich stockt. In einigen Orten und größeren Bezirken sieht es damit recht trostlos und kümmerlich aus. Für die Arbeiterschaft hat es zunächst weniger Bedeutung, ja, löst zum Teil eine gewisse Genugtuung aus im Hinblick auf Beruf, Lohn, Gesundheit wie Wertschätzung ihrer Tätigkeit überhaupt. In Kollegen- und wohl auch in Unternehmerkreisen ist bekannt, daß der dem Beruf in der Steingewinnung und Steinbearbeitung einmal Entwöhnte selten zurückkehrt. Der Kampf mit den „Platzen“ hat dann jeden Reiz verloren, aus der einfachen Tatsache, weil er nicht lohnt, nicht einträglich genug ist, um Frau und Kind nähren und Kleiden zu können. Ob dieser Vorgang wohl Beachtung findet? Wir wünschen es, ehe es zu spät wird!

Außerordentlicher Anstrengung hat es im Jahre 1921 bedurft, um die Entlohnung im gleichen Tempo zu steigern wie den Lebensunterhalt. Nicht immer ist dies gelungen. In groben Umrißen, gesehen nach den vorhandenen Unterlagen, sind im Jahre 1921 die Löhne in der Sandsteinindustrie je nach dem Ort und der Arbeitsgelegenheit um 30 bis 60 Prozent gestiegen; in der Plaster- und Schotterindustrie von 30 bis 45 Prozent und in der Granitwerkstein- und Schleifereigruppe um 50 bis 60 Prozent. Einzelne Orte haben teilweise besser abgeschnitten, doch sind es Ausnahmen, sie können als Regel nicht angesprochen werden.

Zentrale Abmachungen haben im Laufe des Jahres die Erneuerung des Reichslohntarifs in der Schleifereigruppe und des Reichsarbeitsvertrags in der Plaster- und Schotterindustrie gebracht. Beide Erneuerungen brachten nicht die vollständige Erfüllung unserer Anträge und ließen deshalb große Unzufriedenheit zurück. Nicht weniger wie viermal wurde in der Schleifereigruppe verhandelt über Feuerungsulagen, die von 400 auf 700 Prozent am Jahreschluss gesteigert wurden. Soweit die Stundenlöhne der Zeitlohnarbeiter in den Schleifereien in Frage kamen, wurden diese Löhne um 400 Prozent aufgebessert. Sie sehen jedoch in ihrem Endeffekt mit den Löhnen anderer Berufe durchaus noch zurück. — Die Entlohnung in den übrigen zentralen Tarifen wird bezüglichweise geregelt, weil die zentralen Vereinbarungen nur den Rahmen dazu bilden. Bemerkenswert ist noch die zentrale Vereinbarung über eine Schlichtungsordnung zum Reichsarbeitsvertrag in der Plaster- und Schotterindustrie. Wie die Erfahrungen auf diesem Gebiet sich auswerten, kann heute noch nicht gesagt werden. Aber auf alle Fälle ist diese Einrichtung nicht getroffen, um die Erlebigung von Streitfällen und Forderungen etwa hinauszuschieben; sondern sie sollen ohne Verzug schneller und berufsprüflicher behandelt werden, als es die gesetzlichen Schlichtungsinstanzen angeht können, das war überhaupt der Grund zu solcher Vereinbarung; eine entgegen gesetzte Entschädigung werden wir nicht dulden! Vorläufig heißt es jedoch, Erfahrungen abwarten und dann die nötigen Maßnahmen dazu treffen.

Unser ganzes Wollen und Können wird nicht wenig beeinflusst von den Rechtsverhältnissen, deren Höhe und sonstige Gestaltung ernstliche Beachtung verdient. Die Verbandsleitung mußte bei all ihren Maßnahmen den täglich steigenden Teuerungsvorgängen

Wachung tragen, bei Notfalls, Umzugsunterstützung der Geldentwertung entsprechend höhere Sätze bewilligen; bei längerer Streikdauer (8 Wochen) eine einmalige Hilfe in Form doppelter Wochenunterstützung usw. Die Kosten für Agitation und Verwaltung sind gemäßigt gehalten, ohne dafür bisher gesteigerte Einmahnen an Beiträgen zu haben. Es muß festgestellt werden, daß die Hauptkassse im verfloßenen Jahr wohl die an sie gestellten Anforderungen restlos erfüllte, aber den Kampffonds im Verhältnis zur Geldentwertung nicht im geringsten steigern konnte. Am Jahreschluß 1920 war der Bestand in der Hauptkassse 1 860 897,00 M., er hat sich aber bis zum 17. Dezember 1921 nur auf 1 990 661,47 M. erhöht. Also eine Steigerung, die mit den künftigen Anforderungen an die Verbandshauptkassse durchaus nicht im Einklang steht. Konnte die Einmahne der Hauptkassse von 1 817 035,51 M. im 1. Quartal, auf 1 499 086,77 M. im 2. Quartal gesteigert werden, so blieb im 3. Quartal eine weitere Steigerung aus und ergab nur eine Einmahne von 1 498 490,71 M. Das ist äußerst bedenklich!

Dagegen flogen die Ausgaben von 988 585,40 M. im 1. auf 1 032 287,85 M. im 2. und auf 1 451 331,97 M. im 3. Quartal. Voraussichtlich schließt das 4. Quartal auf der Ausgabe Seite etwas günstiger ab — Mit seinen Leistungen braucht sich unser Verband durchaus nicht zu verstecken. Es wurden im 1., 2. und 3. Quartal zusammen 1 181 981,92 M. allein für Streikunterstützung ausgegeben, ein Beweis, daß der Verband auch in schwierigen Zeiten den Mitgliedern zur Seite stand und durchaus von der Kampforganisation nichts eingebüßt hat.

Etwa 15 000 Verbandsmitglieder haben bis zum Novemberchluß in diesem Jahr gestreift. Dies alles beachtend, wird der neuerliche Beschluß zu dem am 1. Januar 1922 in Kraft tretenden Beitragsänderung eingehend und verstanden werden müssen. Man hat jedes Mitglied Gelegenheit, entsprechend seinem Verdienst, sich für kommende Kämpfe zu rüsten. Der Verband besorgt dann letzten Endes nur die Willensvollstreckung von der vorher befundeten Einsicht der Verbandsmitglieder.

Im neuen Jahr muß auch unbedingt mehr Exaktheit in allen statistischen Fragebogen, die den einzelnen Orten übermittelt werden, in der Rückübertragung erfolgen. Es ist nicht angenehm und für die Zahlstellen kein Lob, wenn sie öffentlich im Fachorgan zur Rücksendung gemacht werden müssen, nachdem alles andere nicht gezeichnet hat. Die statistischen Arbeiten und Anfragen von allen möglichen Ämtern und Behörden sind seit der Kriegszeit umfangreicher geworden, bei solchen Angaben und Unterlagen sind Vorstand und Zahlstellen aufeinander angewiesen. Allein schon in der Berichtserstattung über Arbeitslosigkeit fehlen regelmäßig über 100 Orte, ähnlich sieht es mit den Schlußberichten aus über Streiks, circa 30 Orte stehen jetzt noch aus trotz aller Mahnung, und obgleich die Bewegung längst erledigt, sogar noch neu bereits überholt wurde. Wir glauben, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um auch hier das Verfaßte nachzuholen und künftig zu bessern.

Auch in diesem Jahre haben wir eine verhältnismäßig große Zahl von Kollegen durch den Tod verloren. — 380 —; davon waren in der Sandsteinindustrie als Brecher oder Steinmetz 123 tätig, in der Granitindustrie 79, Marmor 10, Plastersteinbranche 69, Pflasterarbeiter 68, Betriebshandwerker waren 4, und 15 zählte allein die Größtindustrie in Steinach. Die Orte Dresden-Pirna und Leipzig werden, wie schon in früheren Jahren, außerordentlich heimgeleitet. In Leipzig ist die Zahl der Sandsteinmetzen sehr zusammengeschrumpft, was die Arbeitsgelegenheit nicht ganz fertighrängt, der Würgengel — Berufsarbeit — befragt ist in unheimlicher Weise. Unter den insgesamt Gestorbenen waren vier weibliche Mitglieder. Nach den Unterlagen der zur Auszahlung gelangten Sterbefallunterstützung waren fast alle Gestorbenen seit mehreren Jahren Verbandsmitglieder, und gar mancher war darunter, der mit seinem ganzen Sinnen und Trachten für die Stärkung der Berufsorganisation, sowie für die allgemeine Arbeiterbewegung gewirkt und gekämpft hat. Ein ehrendes Andenken haben wir allen zu bewahren!

Wie sich nun die Zustände im neuen Jahr gestalten, kann niemand voraussagen, viel hängt davon ab, ob unsere früheren Kriegsgegner zur Einsicht kommen, die Lasten mildern und ihre Abtragung verhältnismäßig gestalten. Eine solche Wirkung würde auch für die Steinindustrie nicht ausbleiben. Aber wie auch die allgemeinen Verhältnisse sich entwickeln mögen. Wir haben dafür zu sorgen, daß die gewerkschaftliche Organisation im Schuß bleibt. Allen Anschein nach stehen der gesamten Arbeiterschaft große entscheidende wirtschaftliche Kämpfe bevor, wir wissen, daß alle die mageren Vermögensleistungen, die seit Kriegsende die Arbeiterschaft für sich buchten konnte, von anderer Seite ausgeleitet werden möchten, diese Seite lauert nur auf den günstigsten Augenblick. Unsere Aufgaben liegen klar zur Hand. Es gilt in der Gemeinschaft mit allen anderen Gewerkschaften — dem A.O.V. — nicht nur das vorhandene zu schützen, sondern darüber hinaus Erleichterungen zu schaffen und auf berufliches Gebiet die Entlohnung zu gestalten, daß von einem wirtschaftlichen „Leben können“ der Steinarbeiter gesprochen werden kann. — Im Jahre 1922 findet bekanntlich der Verbandstag statt, dieser hat das Geleitete und für die künftige Arbeit das Nützliche und die Waffen zu prüfen, damit der Zentralverband der Steinarbeiter in aktiverer Kampfführung zum Wohl seiner Mitglieder sich neu formiert und an der richtigen Stelle eingesetzt werden kann. In diesem Sinne rangieren wir uns in den Kreislauf des neuen

Jahres ein, ohne uns irgendwelchen Illusionen hinzugeben, aber mit der festen, unerschütterlichen Ueberzeugung, daß die Zukunft der Arbeiterbewegung gehört, die nur durch harte, unermüdbare Kleinarbeit in der Berufsorganisation, in gemeinsamer Handlung mit jeder Funktion oben und unten, sicher erreicht wird!

Aus dem alten Jahre lerne,  
Sonst kommst im neuen du zu Falle, —  
Gast du Volk und Menschheit gerne,  
Handle nach und wirf' für alle!

## Notwendige Uebergangs-Erläuterungen zum 1. Januar 1922 für Unterstützungs-Empfänger aus Verbandsmitteln.

Bekanntlich tritt am 1. Januar 1922 die erhöhte Beitragsleistung in Kraft und mit ihr ohne jede Karenzzeit auch die erhöhte Unterstützung. Dies ist ohne Zweifel ein Experiment, was nur durch die Ungunst der Verhältnisse befürwortet werden konnte. Dazu machen sich nun einige, jedem einsichtigen Mitgliede ohne weiteres begriffliche Erläuterungen nötig. Die Zahlstellenleiter tun gut, sich diese Erläuterung auszusuchen und für die Uebergangszeit aufzubewahren, damit unliebsame Differenzen mit Unterstützungsempfängern und mit der Hauptkassse beim Berechnen vermieden werden.

Zunächst muß festgehalten werden, daß Mitglieder, die zur Zeit Erwerbslosens resp. Krankenunterstützung beziehen und bei diesem Bezug vom alten ins neue Jahr hinübergeliegen, nur den bisherigen Unterstützungssatz für die ganze Dauer des Erwerbslosens beibehalten. Denn diese Mitglieder haben noch keine neuen erhöhten Beiträge geleistet und es steht dadurch noch nicht fest, in welche Klasse sie künftig steuern wollen. Erst beim neueintretenden Unterstützungsfalle im neuen Jahre, wobei mindestens ein voller Beitrag geleistet wurde, kann die erhöhte Unterstützung auf Grund des geleisteten Beitrages errechnet werden.

Die Auffassung ist nur folgerichtig und findet unter anderem auch ihre Stütze im Absatz 10 der allgemeinen Bestimmungen im § 5 unseres Statuts, der lautet:

„Müß ein Mitglied während seines Unterstützungsbezuges in eine höhere, bzw. längere Unterstützungskategorie, so kommt die betreffende Unterstützungsbauer nur für den nächsten Fall der Erwerbslosigkeit in Berücksichtigung. Während des Bezuges der Erwerbslosenunterstützung können im selben Fall neue Rechte nicht erworben werden.“

Des weiteren ist besonders zu beachten, daß vom 1. Januar 1922 bei der Erwerbslosenunterstützung nur die Unterstützungssätze erhöht wurden, dagegen die Unterstützungsbauer die gleiche geblieben ist wie vorher. Nun kommen bei der Berechnung der Unterstützung, die das Mitglied im Unterstützungsjahr zu beanspruchen hat, natürlich immer nur die Tage zur Anrechnung und nicht etwa die Gesamthöhe der Unterstützung; das würde sonst beim jetzigen Uebergang zur erhöhten Unterstützung zu recht unverständigen Sachen führen.

Dazu einige Beispiele:  
Der Kollege A. hat in der bisherigen I. Beitragsklasse 185 volle Beitragsmarken geleistet, und demnach Anspruch auf 38 Tage Unterstützung. Im September 1921 hat er für 20 Tage a 2,50 M. gleich 50 M. Erwerbslosenunterstützung erhalten.

Am 12. Januar 1922 wird er abermals krank, ist also noch für 18 Tage unterstützungsberechtigt. Da er vom 1. Januar 1922 ab weiter in der neuen I. Beitragsklasse Beiträge leistet, erhält er noch für 18 Tage a 6,50 M. gleich 104 M. Unterstützung und ist damit ausgerechnet.

Zählt der Kollege jedoch vom 1. Januar 1922 ab in der neuen III. Beitragsklasse weiter, so erhält er für 18 Tage a 4,50 M. gleich 72 M. und ist auch ausgerechnet.

Diese Beispiele können nun beliebig verlängert werden und zeigen, wie sehr der örtliche Kassierer aufpassen muß, um die Rechte der Mitglieder und die Rechte der Verbandskasse zu wahren. Wenn erst der Uebergang hinter uns liegt, wendet sich alles ohne Schwierigkeit ab. Es lassen sich auch in Sterbefällen ganz unklare Verwicklungen ausdenken infolge dieses Ueberganges, aber das ist es besser, die etwa eintretenden Fälle abzuwarten, sie können aber auch nur erledigt werden auf der Grundlage, wie es eingangs dieser Zeilen über Erwerbslosenunterstützungsbezug dargelegt wurde.

Ferner möge beachtet werden: Mindererwerbssfähige Mitglieder, die Grundfrüherer Leistung vom vollen Beitrag befreit sind und dadurch Sonderrechte genießen, die allerdings auch im Statut festgelegt sind, werden in jene Beitragsklasse zur Berechnung der Unterstützung eingereiht, für die ihre Berufsgruppe in der betreffenden Zahlstelle vom 1. Januar 1922 Beiträge steuert.

Wo irgendwo Unklarheiten in einzelnen Unterstützungsfällen bei dem Uebergang auftreten, ist dringend zu raten, sich sofort an den Verbandskassierer zu wenden. Dieser wird solche Anfragen sofort erledigen bzw. beantworten.

## Aus den Zahlstellen.

**Beitrag.** Genügt unsere Beitragserhöhung? Zu dieser Frage, die der Kollege Karl Reinecke, Magdeburg, in der Nr. 51 unseres Fachorgans angeschnitten hat, möchte auch ich einige Worte verlieren, und zwar deshalb, um einem Teil unserer Kollegen, die für Beitragserhöhung schlecht zu haben sind, die Augen zu öffnen. Ich summe den Ausführungen des Magdeburger Kollegen voll und ganz zu. Leider muß ich bedauern, daß diese Urmeinungen von den Zahlstellen, die höhere Löhne haben als wir in den ländlichen Bezirken, nicht schon viel früher kam. Betrachten wir uns die Beitrags- und Unterstützungssätze anderer Organisationen, so können wir feststellen, daß wir immer eine Spanne hinter diesen nachhinken, auch mit den Löhnen. Wer trägt aber hier die Schuld? Ist es vielleicht der Verband oder sind es die Zahlstellen selber? Ich bin der Auffassung, daß letzteres zutrifft. Bei der letzten Beitragserhöhung bin ich hier dafür eingetreten, daß wir am Ort die höchste Klasse mit 3,50 M. einführen, die Verammlung entschied aber für 3 M., und das nenne ich in der heutigen Zeit Pleuungsfugerei. Und ich sage, es ist schwer in den ländlichen Bezirken den Kollegen das klar zu machen. Dieses geschieht von Seiten der Zahlstellenoerwaltungen in den großen Bezirken, wo die Granitkassierer zu Hause ist, viel zu wenig. Und darauf kann ich auch nur unsere schlechte Entlohnung zurückführen. Ich habe die Erfahrung schon oft gemacht, daß die Unternehmer ihre Verhandlungsstaktik auch nach dieser Richtung hin einstellen und sich sagen, „einen Kampf können die Arbeiter unserer Betriebe bei diesen Unterstützungssätzen in der heutigen Zeit gar nicht aufnehmen“, bereits alle Unternehmer sind Bezahler des „Steinarbeiter“ und dadurch die finanziellen Verhältnisse unseres Verbandes unterrichtet. Ich erlaube deshalb alle Ortsverwaltungen, dafür einzustehen, daß der am 1. Januar eintretende Beitrag nochmals erhöht wird, in dem Sinne, wie Kollege Reinecke es in seinem Artikel vorgeschlagen hat, von 7 M. aufwärts noch weitere Klassen. Uns werden noch Kämpfe bevorstehen und hierzu gehört Geld, Geld und nochmals Geld.

**2. (Ergeb.).** Bezirk Südwest-Cochsen. Am Sonntag, 11. Dez., fand im „Volkshaus“ in Chemnitz unsere Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung statt. 1. Bericht über die am 1. Dezember bewilligte Teuerungszulage. 2. Bericht der Zahlstellen über die örtliche Lage. 3. Aufstellung der neuen Forderung ab 1. Januar 1922. 4. Der Bezirksstarientwurf. 5. Allgemeines. Bezirksleiter Kollege Zippel eröffnete die Konferenz und erklärte zum Punkt 1. daß die am 29. September abgeschlossene Vereinbarung bis 31. Dezember 1921 läuft; nun ist von Seiten der Bezirks- und Gauleitung verlangt worden auf Grund der katastrophalen Verteuerung eine weitere Zulage herauszugeben. Die Unternehmer haben sich nicht auf die abgeschlossene Vereinbarung verweist und bewilligten eine weitere Teuerungszulage von 1 M. ab 1. Dezember pro geleistete Arbeitsstunde. Es werden somit folgende Stundenlöhne gezahlt. Facharbeiter, Lohnklasse 1, 8,20 M., Lohnklasse 2, 7,80 M., Lohnklasse 3, 7,50 M., Hilfsarbeiter: Lohnklasse 1 8 M., Lohnklasse 2 7,60 M., Lohnklasse 3 7,30 M. Im weiteren gibt Zippel ein Schreiben von der Zahlstelle Herrscheide bekannt. Die Versammelten sprechen ihre Entrüstung aus über die Schreibweise des Kollegen in Herrscheide, der es nicht einmal für nötig hält, zu der Konferenz zu erscheinen, obwohl er persönlich vom Bezirksleiter besonders eingeladen wurde. Im 2. Punkt berichteten die Zahlstellen über örtliche Verhältnisse. In der Lohnfrage werden zum Vergleich die anderen Bezüge herangezogen, die bedeutend höher stehen als die Steinarbeiter. Zu 3. Aufstellung der neuen Forderung, entspinnt sich eine lebhafte Debatte, die sich darum dreht, daß die letzten zwei Lohnklassen in Wegfall kommen, denn die Lebenslage ist überall im Bezirk gleich. Die Versammelten beschließen einstimmig, daß der Bezirksleiter die Abschaffung der letzten zwei Lohnklassen bei dem Vorliegenden der Unternehmer, Herrn Schöber in Beng., beantragt. Auf Antrag wurde beschlossen, ab 1. Januar auf die jetzigen Löhne 7 M. zu fordern. Die Forderungen müssen bis Ende Dezember abgekehrt sein. Zu 4 wird der Entwurf des Bezirksstarient, der dem Unternehmer durch die Gauleitung zugestellt wurde, nochmals durchberaten. Sehr bedauert wurde, daß Gauleiter, Kollege Mühl, nicht zur Konferenz erschienen ist. Der Verbandstag 1922 muß die Gasse zu einstellen, daß zu solchen Versammlungen der Gauleiter zugegen sein kann.

**Letztes.** Am 14. Dezember 1921 fand hier eine große öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Dieselbe war einberufen worden, um einmal endgültig Stellung zu nehmen gegen die Unorganisierten, sowie gegen Mitglieder der Arbeiter-Union. Die Versammlung schien schon insofern interessant zu werden, da ein Versammlungsleiter gewählt werden sollte, aber von sieben vorgeschlagenen Kollegen sich keiner fand, bis sich endlich einer erbarmte. Kollege Ritz vom Zentralverband der Steinarbeiter, der ganz unvorbereitet das Referat übernahm, ging auf die Angelegenheit insofern ein, indem er betonte, daß einmal doch die Ueberzeugung sich Bahn brechen müsse, daß jeder, der ernten wolle, auch säen müsse; was die Unionisten betrifft, so sind darunter nur wenige mit klaren Ansichten, aber auch diese müssen zugehören, daß die Unionisten bisher noch nichts erreicht hätten. Von der anschließenden Diskussion wurde eifrig Gebrauch gemacht. Phrasen und wieder Phrasen. Dafür ein kleines Beispiel. Zunächst hatten es den betreffenden die Gewerkschaftsführer angetan, die mit ihrer Faulenzerei ein Jahresgehalt von 80 000 M. hätten. Nun wurde hervorgehoben, daß z. B. der Deutsche Metallarbeiterverband 82 000 Angestellte habe. Ein einfaches Rechenexempel beweist den Stuß solcher Rederei, denn 32 000 Angestellte, je 30 000 M. jährlich macht die Kleinigkeit von 960 000 Millionen Mark. Ob dieses

## Für die deutsche Einheitsmesse.

Das Messiefieber, das seit einigen Jahren in Deutschland herrscht und dazu geführt hat, daß immer neue Messen entstehen, wird nunmehr von einer großen Anzahl von Industrie- und Handelsverbänden sowie wirtschaftlichen Korporationen in einer Eingabe an das Ausstellungs- und Messeamt der Deutschen Industrie bekämpft.

Angeknüpft wird an den im vergangenen Jahre gefachten Beschluß des Ausstellungs- und Messeamts, der dahin geht, daß die Weltausstellung der Leipziger Messe durch neue Inlandmessen nicht gefährdet werden darf. Gegen Fachmessen — so lautete dieser Beschluß weiter — sollen, wenn von Fall zu Fall die Notwendigkeit nachgewiesen werden kann, keine Einwendungen erhoben werden, ein allgemeines Bedürfnis für die verschiedenen Grenzmesen sei nicht anzuerkennen.

Die Unterzeichner der Eingabe, unter denen wir allein 22 Handelskammern, vornehmlich in Mittel-, West- und Süddeutschland sehen, erklären, daß Industrie und Handel auf die Dauer die durch Beschickung mehrerer Messen entstehenden Kosten nicht tragen können, und es wird ferner ausgeführt: „Der Name der Leipziger Messe ist seit Jahrzehnten in der ganzen Welt bekannt. Die Leipziger Messe, als einzige allgemeine Messe in Deutschland, bildet ein wichtiges Propagandamittel für den Absatz deutscher Waren auf dem Weltmarkt und übt auf den ausländischen Einkäufer die nötige Anziehungskraft aus, während durch mehrere Messen nur Verwirrung im Auslande angerichtet wird; durch eine Zersplitterung des deutschen Messewesens werden die überseischen Kaufleute schließlich veranlaßt, ihren Bedarf in einem Lande einzudecken, wo ihnen, wie in England, die Zentralisation des Messewesens den Einkauf erleichtert.“ Die Unterzeichner der Eingabe verlangen, das Ausstellungs- und Messeamt solle unterzünftig mit den Messen in Frankfurt und Breslau in der Richtung Fühlung nehmen, daß sie sich, sei es regional, sei es sachlich, sei es in beiden Beziehungen beschränken. Eine Ausnahmestellung wird für die Messe in Königsberg mit Rücksicht darauf angebracht, daß Schpreußen vom übrigen Deutschland durch den polnischen Korridor abgeschnitten ist. Fachmessen, wie z. B. die Edelmetallmesse in Stuttgart, sollen nicht beanstandet werden, doch wird angedeutet, daß derartige Veranstaltungen nicht als „Messe“ bezeichnet werden sollten. Besonders betont wird, daß es den Unterzeichnern der Eingabe fernliegt, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob auch die Fachmessen und die regional beschränkten Messen Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln erhalten sollen. Aber es müsse im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und im Hinblick auf das Ansehen der deutschen Industrie im Auslande unbedingt verlangt werden, daß in Deutschland nur die Leipziger Messe als internationale allgemeine Messe anerkannt wird.

Von den Verbänden unseres Geschäftszweiges finden wir keinen, die diese Eingabe unterzeichnet haben, obgleich 22 Handelskammern und alle namhaften Unternehmer- und Industrieverbände für die Zusammenlegung der Messen zu einer Einheitsmesse votieren. Es hätte sicher nichts geschadet, wenn bei dieser Gelegenheit auch zur allgemeinen Kenntnis gekommen wäre, daß für die weitverzweigte Natursteinindustrie Vertretungen vorhanden sind und wenn sich auch nur die gerührt hätten, die auf der letzten Messe in Leipzig ganz wirkungsvoll einen Teil Natursteine präsentierten (Marmorbruchbesitzer, Verband Deutscher Granitwerke).

## Proletarische Einheit.

Die Entwicklung der Welt ist die Entwicklung zu einer immer größeren Einheit. Die Menschheit wächst von der Verhülltheit in die Innerlichkeit, von der Oberflächlichkeit in die Tiefe, von der Form in den Gedanken. Und wenn wir volle Träger der Entprüfung sein wollen, dann müssen wir hineinreifen in diese Geißigkeit und immer mehr eindringen in die Idee dessen, das wir wollen.

Wenn wir die Trunksucht bekämpfen, so gilt unser Kampf letzten Endes der Idee der Mäßigkeit. Und darum ist auch der ein Trinker, der das harmloseste Getränk im Innern zu sich nimmt.

Wenn wir den Kapitalismus bekämpfen, wenn wir in gewerkschaftlichem Ringen einen angemessenen Lohn für unsere Arbeit verlangen, so ist auch hier ein Gedanke der tieferen Kern. Wir wollen Arbeitsrecht und wirtschaftliche Gerechtigkeit.

Die Idee des Kampfes ist das Letzte und Höchste unseres Strebens, und wenn das proletarische Volk heute noch so zerrissen ist, wenn auch im wirtschaftlichen Kampfe solche Gegenstände vorhanden sind, so kommt das daher, daß es die Idee nicht genügend in sich erlebt. Der Proletarier lebt noch zu sehr in den Formen, auf dem Wege zum Ziele. Und das ist Zersplitterung die notwendige Folge. Je mehr wir einbringen in die Idee all dieser Verschiedenheit, um so mehr fühlen wir die Einheit. All die vielen äußeren Erscheinungsformen haben eine gemeinsame Wurzel. Wir alle wollen Menschentum. Frei soll der Mensch sein vom Mammon, daß der Geist sich entfalten kann und die Seele. Und je mehr wir diese Idee in uns erleben, um so mehr schwinden dann von selber die Verschiedenheiten. Sie werden erdrückt von der Majestät der Idee. Das proletarische Erleben ist dann die triumphiierende Macht. Und je mehr wir darum den proletarischen Kampf hineinreifen lassen in die Tiefe unseres Herzens, um so mehr wächst er dann aus dem Herzen heraus in die proletarische

Einheitswelt. Denn ewige Wahrheit ist das Nichterwacht, daß tiefer und tiefer gefühlt, immer nur einigermacht.“

## Die drei Gesellen.

Es waren drei Gesellen! War jeder ein junges Mut mit Augen, mit lachenden, hellen; die trieben ihr Schiff in die Wellen  
des Lebens voll Kraft und Mut.  
Fuhr einer dem andern zur Seite, doch auf dem offenen Meer  
da trieb sie der Sturm in die Weite, getrennte das treue Geleit —  
sah einer den andern nicht mehr!  
Die Wogen führten den einen auf felszerbröckelten Strand.  
Rein Kalmchen sprach aus den Steinen, — und wolt er nicht  
hungern, nicht weinen,  
mußt graben er egniger Hand.  
Er rang um sein bißigen Leben, wie selten wohl einer ringt.  
Da gab's keine Schätze zu heben, da hieß es, in Sorge stets  
schwaben,  
daß nur die Ernte gelingt!  
Den zweiten auf schwankendem Boote der Wind trieb zur  
hämmernden Stadt.  
Dort ragten ruhige Schote, man riß ihn vom Schiffein und drohte:  
Brot ist nur, wer Arbeit hat!  
Sie schmiedeten seine Knochen in ehernen Arbeitszwang.  
Er fröndete ununterbrochen durch Jahre, durch Monde, durch  
Wochen ...  
Er fröndete lebenslang.  
Der dritte zog durch die Lande, ein Priester für Wahrheit und  
Licht.  
Sein Wort glück dem Iobenden Brande, — er wies allen Frevlern  
die Schande  
und sah über sie zu Gericht.  
Die Schergen sperrten den dritten ins finstere Verlies.  
Er tat nicht um Gnade bitten und hat dort geduldet, gelitten,  
weil Schurken er Schurken hieß ...  
Das waren die drei Gesellen ... es klingt wie ein altes Lied  
von Nissen, die Schiffe zerschellen, von Sturmwind und wogenden  
Wellen ...  
Das Leben macht alt und müd ...  
Sind alle drei gestorben, hat keinem sein Leben gereut.  
Um was sie gemirrt und geworben, noch leuchtet und glängt's un-  
verborgen ...  
Wer weiß? ... Sie leben noch heut! ...  
(Aus Tag und Tiefe v. L. Lessen.)

Selbst überhaupt in einem Jahre an Beiträgen einkommt, darüber waren sich die Diskussionsredner selbst nicht im Klaren, sonst hätte er etwas jedenfalls nicht behauptet werden können. Ferner wurde betont, daß die Organisationen heute das nicht mehr sind, was sie früher waren, denn indem die Unternehmer dieselben anerkannt hätten, bestände keinerlei Gefahr mehr, daß eine Organisation gefährlich werden könne. Selbst der Großindustrielle Stinnes habe erklärt, eine organisierte Arbeiterschaft kann nicht schaden, nur die Unorganisierten sind gefährlich, wenn die loslegen, überrennen sie alles. Dadurch, daß die Zeit so weit vorgeschritten war, konnten keine festen Beschlüsse gefaßt werden und mußte die Weiterführung der Versammlung auf einen anderen Tag verschoben werden. Für die Leumacher Kollegen möge folgendes dazu gesagt werden: Solange ihr euch selbst zerkleifet, erringt ihr keinen Erfolg, denn wenn sich zwei streiten, freut sich der dritte und dieses ist der Unternehmer. Darum fort mit den Gelächern und Zusammenstehen in der beruflichen Organisation, das ist der Zentralverband der Steinarbeiter.

Leipzig. Am 13. Dezember fand unsere gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Bevor wir zur Tagesordnung übergingen, erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Kollegen Karl Kerner von ihren Plätzen. Die Versammlung nahm Kenntnis von dem am 15. Dezember 1921 stattfindenden Lohnverhandlung und stellte folgende Forderung: Ab 9. Dezember 1921 30 Prozent und ab 1. Januar 1922 weitere 30 Prozent Zuschlag auf den jetzt bestehenden Stundenlohn. Der Vorsitzende wurde besonders darauf hingewiesen, den Zuschlag unbedingt rückwirkend ab 9. Dezember zu verlangen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung verliest der Vorsitzende ein Rundschreiben vom Bauarbeiterverband zur Sozialisierung der Baubetriebe. Dazu entspinnt sich eine rege Diskussion. Kollege Seidewitz hebt hervor, daß die Sozialisierungsfrage keine neue sei und nur dadurch, daß die Arbeiterschaft dieses Problem nie ernstlich verfolgt habe, seien die Anfänge nie zur Auswirkung gekommen. Aber jetzt müsse fest zugegriffen werden, und wenn erst für die Bauindustrie etwas erreicht sei, müßten Metall- und Kohlenindustrie ohne weiteres folgen. Kollege Haug tritt ebenfalls für die Richtlinien des Bauarbeiterverbandes ein; nur müsse man auch versuchen, die Kopfarbeiter, Techniker und Ingenieure für den Sozialisierungsgedanken zu interessieren; denn ohne diese sei eine praktische Arbeit nicht möglich. Aber genau wie im Genossenschaftswesen im Kleinen angefangen wurde, müßte auch hier ein Anfang gefunden werden. Kollege Koch bezeichnet diese Sozialisierung nur als Etappe zur wirklichen Sozialisierung im sozialistischen Sinne. Erst wenn sich jeder Arbeiter verpflichtet fühlt, die sozialistischen Ideen zu verbreiten, um in den gegebenen Körperlichkeiten mehr Einfluß zu gewinnen; denn eine Sozialisierung lasse sich nur mit überzeugten Sozialisten durchführen. Der Beweis, daß es ohne den nicht geht — sei Sowjetrußland. — Die Ortsverwaltung hatte beantragt, pro Kopf und Mitglied sich mit 5 M. an der Zeichnung für die Sozialisierung der Baubetriebe zu beteiligen und diese Summe aus der Sozialkasse zu entnehmen. Kollege Haug wünscht, daß jedes Mitglied zu viel Opfermut aufbringen müsse, um die 5 M. selbst zu bezahlen. Dem tritt Kollege Koch entgegen; denn die Mitglieder der Zahlstelle Leipzig haben in diesem Jahre geradezu Großzügiges an Opfermut gezeigt: Abführung eines Tagesverdienstes zum Volkshausbau, 25 M. Extraneuer-Kampffonds, 5 M. zum Metallarbeiterstreik und seit 1. November 6,50 M. Sozialbeitrag pro Woche. Man solle aber die Opferfreudigkeit der Kollegen nicht zu harten Proben aussetzen. Wohl seien Lohnzulagen erfolgt, die aber mit der Teuerung in gar keinem Einklang stehen und wenn hier nicht ein gerechter Preisabbau der Lebensmittel unternommen wird, können solche minimale Lohnzulagen überhaupt nicht mehr in Frage kommen. Deshalb beantragte er, die 5 M. pro Mitglied der Sozialkasse zu entnehmen, was aber mit Inapper Mehrheit abgelehnt und dem Vorschlag des Kollegen Haug zugestimmt wurde. Weiter verliest der Vorsitzende ein Flugblatt, worin die Unternehmer aufgefordert werden, gegen das Betriebsrätegesetz Sturm zu laufen. Darüber entspinnt sich eine anregende Debatte. Unter Verschiedenem wurden für die zwei Kranken und 3 minderernährbaren Kollegen je 150 M. als Weihnachtsgeschenk einstimmig gewährt.

Schlei. Am 16. Dezember tagte in Schlei, Ostal „Wilhelmshöhe“, unsere Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Rechnungsbericht, Lohnfrage, Bezirksrat und Verschiedenes. Der Rechnungsbericht ergibt eine Einnahme von 535,50 M. und eine Ausgabe von 345,50 M., verbleibt ein Kassenbestand von 190 M. Der Vorsitzende Fischer gibt die neue Lohnforderung bekannt. Befordert wird ab 15. Januar 1922 für Steinegen 11,50 M. und für Schleier 6 M. pro Stunde. Sollten sich die Arbeitgeber weigern, so wird eine einmalige Teuerungszulage ab 1. Januar 1922 von 300 M. verlangt. Ueber den eoenntellen Bezirksrat entspinnt sich eine lebhafteste Debatte. Der Vorsitzende wird beauftragt, eine genaue Grundlage über den Bezirksrat einzuholen. Unter Verschiedenem wird erwähnt zu einem festen Zusammenstoß im Verbands, nur wenn wir eine geschlossene Front bilden, können wir unser Ziel erreichen. Auch weist der Kassierer auf die 53 Wochenbeiträge in diesem Jahre hin. Es soll der 53. mit dem 52. Beitrag zusammen bezahlt werden.

## Das Wirtschaftsjahr 1921.

Deutschland hat in dem jetzt zur Reife gehenden Jahre die Auswirkungen des unglücklichen Krieges und des Gewaltfriedens von Versailles erst richtig zu fühlen bekommen. Fast jede Woche brachte neue Eingriffe der Entente in die deutsche Staats- und Volkswirtschaft. Das schwerwiegendste Ereignis war das Londoner Ultimatum, das nach Lage der Dinge angenommen werden mußte. In einer Reihe damit steht die Vergewaltigung der deutschen Wirtschaftsinteressen in der Entscheidung über Oberschlesien. Weitere Etappen auf dem Leidenswege Deutschlands waren die militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen im Westen, die Aufrichtung einer Zwischengollinie im Rheinland, das Vorgehen der Interalliierten Kommission gegen die Deutschen Werke, die Flugzeugindustrie und zahlreiche Einzelbetriebe, die wohl im Kriege für die Front gearbeitet, sich inzwischen aber reiflich auf Friedensproduktion umgestellt hatten. In der gleichen Richtung liegen die verschiedentlich zutage getretenen Bestrebungen unserer ehemaligen Kriegsgegner, die Einheit des durch den Friedensvertrag ohnehin schon stark verkleinerten Deutschlands durch Unterstützung von Lösungsbestrebungen, partikularen Tendenzen und durch die sogenannte Kulturpropaganda zu untergraben. Für die deutsche Wirtschaft war die aus all diesen Eingriffen resultierende Unsicherheit und Unruhe eine ständige Gefahr, durch die der Wiederaufbau und die Unternehmungslust fortgesetzt gestört und zurückgehalten wurde.

Durch das Londoner Ultimatum wurde dem deutschen Volke eine Schuld von 132 Milliarden Goldmark auferlegt, wovon innerhalb dreier Monate eine Milliarde Goldmark in ausländischen Zahlungsmitteln erlegt werden mußte. Das Genfer Diktat nahm Deutschland 77,5 Prozent der oberösterreichischen Kohlenförderung und mehr als 90 Prozent des gesamten oberösterreichischen Kohlenvorkommens. Außerdem gingen in Oberschlesien verloren sämtliche Eisenerzgruben mit einer Gesamtzeugung von 71.000 Tonnen jährlich, mehr als die Hälfte der Hochöfen und  $\frac{1}{2}$  der Hochofenproduktion, die Hälfte der Stahl- und Walzwerke und 88 Prozent der Zinn-erzförderung und rund 80 Prozent der Weierzproduktion. Dieser ungeheure Verlust an wirtschaftlichen Kräften mußte im Zusammenhang mit der Auspöwerung der deutschen Wirtschaft durch die Reparationszahlungen und -lieferungen die Verarmung Deutschlands herbeiführen und die Lebenshaltung der arbeitenden Massen in unerträglicher Weise herabdrücken. Am deutlichsten und am frühesten zeigten sich die Folgen dieser Gewaltakte am Geldmarkt. Die Inflation, d. h. die Ueberschwemmung Deutschlands mit papiernen Geldzeichen nahm in einem rasenden Tempo zu. Der Notenumlauf der Reichsbank, der im Januar 1921 noch etwa 88,55 Milliarden Mark betragen hat, erhöhte sich im Mai bereits auf 70,88 Milliarden Mark und erreichte Mitte Dezember eine Höhe von 104,67 Milliarden Mark. Die Zahlung der ersten Reparationsmilliarde konnte dank der Vorförderung der Regierung noch pünktlich erfolgen, doch traten die Ein-

wirkungen dieser Verarmung in größtem Maßstab am ganzen internationalen Geldmarkt in einer allgemeinen Verwirrung der Valutaverhältnisse hervor, so daß führende Wirtschaftspolitiker Englands und der Vereinigten Staaten schon im September darauf hinwiesen, daß bei einer Fortsetzung dieser Zahlungen die sich ohnehin stark ausbreitende Weltwirtschaftskrise auch für die valutarischen Länder eine ungeheure wirtschaftliche und soziale Gefahr werde. Der Dollarkurs, der im Januar an der Berliner Börse durchschnittlich mit 61,9 Mark notiert wurde, erhöhte sich nach der Zahlung der ersten Sechsmilliarde auf 104,9 im September. Anfang November hatte er bereits eine Höhe von 181,2 erreicht, und nach dem Bekanntwerden der definitiven oberösterreichischen Entscheidung stieg er auf 310. Erst Ende November setzte eine rückläufige Bewegung mit mehrfachen Unterbrechungen ein, da nach einer Fühlungsnahme deutscher und englischer Wirtschaftskreise die Hoffnung aufstach, daß es gelingen könnte, die englische Regierung für eine Neuregelung des als unüberwindlich erwiesenen Reparationsprogramms zu gewinnen. Tatsächlich hat England, das unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise mit am schwersten leidet, in dieser Hinsicht die Initiative ergriffen und die noch fortdauernden Verhandlungen der französischen und englischen Politiker stehen im Zeichen der unabwiesbaren Notwendigkeit, neue Lösungen zu finden, um einen völligen Zusammenbruch Deutschlands aufzuhalten und die Ententestaaten davor zu bewahren, daß sie noch mehr in den Strudel der Weltwirtschaftskrise hineingerissen werden. Die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie nicht imstande sei, die im kommenden Jahre fälligen Raten in vollem Umfang auszubringen, hat auf die Verhandlungen beschleunigend gewirkt.

Solange keine vernünftige Lösung des Reparationsproblems gefunden wird, bleibt die deutsche Reichsmark die Spielmarke der großen und kleinen Spekulanten aller Herren Länder. Sie wird ohne kritische Einschätzung ihres wahren inneren Wertes von Tag zu Tag hin und her geworfen. Hieraus entstehen der deutschen Wirtschaft die allergrößten Schäden. Die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen wird jeder sicheren Basis ebenso beraubt, wie die Kalkulation der Preise im Exportgeschäft. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter richtet sich nicht mehr nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern sie schwankt je nach den Launen der Devisenspekulanten in Deutschland, Holland und Amerika und England. Wenn es nicht gelingt, in allernächster Zeit die deutsche Währung zu stabilisieren, so wird die Weltwirtschaftskrise mit unerhörter Wucht gerade Deutschland treffen und sich zunächst in einer Störung der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen sowie des Exportgeschäftes äußern. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die breiten Schichten des deutschen Volkes wären unsehbar.

Vergleicht man die Lage des Arbeitsmarktes im Jahre 1921 mit der Vorkriegszeit, so zeigt sich zwar in der ersten Hälfte des Jahres eine Verringerung mit Arbeitslosen, die an die Kriegsjahre 1918 und 1919 erinnert. In der zweiten Jahreshälfte geht die Erwerbslosigkeit so stark zurück, daß man zum Vergleich nur noch die Zeiten der Hochkonjunktur, d. h. die Jahre 1907, 1911 und 1912 heranziehen kann.

Nach den Berichten der Fachverbände waren im Januar 1921 noch 4,5 Prozent aller Mitglieder arbeitslos gegen 3,4 Prozent im Vorjahre und 6,8 Prozent im Januar 1919. Bis September d. J. war die Prozentziffer auf 1,4 gesunken gegen 4,5 Prozent im entsprechenden Monat des Vorjahres. Damit war der Stand der Hochkonjunkturjahre 1907 und 1912 erreicht. Eine richtige Würdigung der Lage des deutschen Arbeitsmarktes ist nur möglich, wenn man sich vergegenwärtigt, in welcher Weise sich gleichzeitig die Arbeitslosigkeit in anderen Ländern, insbesondere solche mit hochwertiger Valuta, entwickelte. Ein derartiger Vergleich entspricht natürlich der absoluten Genauigkeit, da die Arbeitsmarktsituation in den verschiedenen Ländern ganz verschieden gehandhabt wird. Immerhin gibt eine Gegenüberstellung der einschlägigen Ziffern doch ein einigermaßen instruktives Bild. In Großbritannien zählte man im Oktober 1921 rund 1 1/2 Millionen gesetzlich versicherte Arbeitslose gegen 472.000 im entsprechenden Monat des Vorjahres. Prozentual ergibt sich eine Steigerung von etwa 4 auf 12,8 Prozent. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist nach den neuesten Meldungen das Heer der Arbeitslosen auf 8 Millionen Personen angewachsen. Von den anderen Ländern mit hochwertiger Valuta weist die Schweiz eine Arbeitslosigkeit von rund 18 Prozent, Norwegen eine solche von rund 14 Prozent und Schweden sogar von rund 26 Prozent auf. Auch die Niederlande und Dänemark stehen im Zeichen einer schweren Wirtschaft- und Arbeitsmarktkrise.

In wie hohem Maße die Lage des Arbeitsmarktes von den unsicheren Währungsverhältnissen abhängt, zeigt die Tatsache, daß im Monat Dezember unter dem Einfluß der starken Schwankungen der Devisenkurse der sogenannte Ausverkauf Deutschlands stark nachgelassen hat und in den meisten Industrien Auftragsaufträge kaum noch eingehen. Hierin hat man die Sturmwindel des nun auch in Deutschland herannahenden Konjunkturmchwanges zu sehen.

Die ersten Anzeichen der zu erwartenden Wirtschaftskrise treten bereits am Warenmarkt deutlich hervor. Hier hat sich im Laufe des Berichtsjahres eine ganz ungeheuerliche Erhöhung des durchschnittlichen Preisniveaus vollzogen, so daß im November 1921 auf allen Gebieten der Stand der Katastrophpreise vom Februar 1920 weit überschritten wurde. Eine anschauliche Darstellung gibt die nachstehende Tabelle, der vom Statistischen Reichsamt für bestimmte Warengruppen berechneten Indexziffer. Es ist zu berücksichtigen, daß die Durchschnittspreise des Jahres 1913 gleich 100 gesetzt wurden, so daß der Grad der Steigerung für die einzelnen Monate ohne weiteres von der Tabelle abzulesen ist.

Jahr und Monat	Lebensmittel (18 Waren)	Industriehilfsstoffe (20 Waren)	Inlandwaren (16)	Einfuhrwaren (22)	Alle Waren (38)
1913	100	100	100	100	100
März 1920	1285	2502	1248	4014	1709
November 1920	1294	1012	1839	2362	1509
Januar 1921	1277	1743	1362	1823	1439
Februar 1921	1202	1702	1320	1660	1376
März 1921	1152	1685	1282	1615	1388
April 1921	1123	1708	1280	1580	1326
Mai 1921	1117	1667	1286	1528	1308
Juni 1921	1194	1657	1320	1595	1368
Juli 1921	1245	1769	1369	1721	1428
August 1921	1949	1857	1913	1935	1917
September 1921	2020	2155	1952	2643	2067
Oktober 1921	2417	2539	2235	3555	2460
November 1921	3308	3018	2967	5662	3415

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die Preissteigerungen am stärksten dort waren, wo die Einfuhr ausschlaggebend ist. Aber auch die Inlandwaren sind in einer bisher nie beobachteten Weise von der Teuerung erfaßt worden. Das erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß die vorhandenen billigeren Vorräte verbraucht und aufgebraucht worden sind, wobei ein erheblicher Teil der gewonnenen Erzeugnisse zu Schleuderpreisen an das Ausland abgegeben wurde, so daß jetzt die deutsche Wirtschaft vor die Notwendigkeit gestellt ist, den im Inlande eingetretenen Mangel durch Aufkäufe am Weltmarkt unter sehr unünftigen Bedingungen abzuwehren. Die alles auf den Kopf stellende Wirkung der Valutaverfallschlechte zeigt sich besonders kraft an den Getreidemärkten. Die Wertente des Jahres 1921 war über Erwarten günstig, trotzdem haben sich die Getreidepreise seit der teilweisen Freigabe des Handels im August am Inlandsmarkt fortgesetzt erhöht und zeitweise sogar einen höheren Stand erreicht, als die entsprechend umgerechneten Weltmarktpreise. Die rapide Verteuerung der wichtigsten Waren im Großhandel greift natürlich sehr bald auch auf den Kleinhandel über und belastet den Konsum aufs schwerste. Die von E. Calver berechnete Reichsindexziffer der Kosten des Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie (Eltern und zwei Kinder) stellte sich im November 1921 pro Woche auf 478,89 M.

gegen 357,05 M. im entsprechenden Monat des Vorjahres und 27,88 M. im November 1914.

Durch die Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse wird die Klasse der Arbeiter und Angestellten in die Notwendigkeit versetzt, fortgesetzt die schwersten Kämpfe um die Aufrechterhaltung ihres schon aus herabgedrückten Existenzminimum zu führen. Während sich die Kleinhandelspreise den Veränderungen der Valuta und den Großhandelspreisen verhältnismäßig rasch angepaßt haben, folgt die Erhöhung der Löhne aus den bekannten Gründen nur sehr zögernd und unter größten Schwierigkeiten. Infolgedessen ist die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung dauernd einem starken Druck ausgesetzt, der notgedrungen zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze und der sozialen Kämpfe führt.

Im Berichtsjahre hat bereits der Kampf zwischen Kapital und Arbeit um den Anteil am Produktionsertrag aus den vorstehend geschilderten Gründen an Heftigkeit zugenommen. Während die Arbeitnehmer außer ihrem Arbeitslohn keine Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung besitzen, bieten sich dem Kapitalisten immer neue Chancen zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage. Der Arbeiter und Angestellte muß sich allmonatlich von seinem Einkommen den Rechten abziehen lassen, während das Gros der Bequitterten bis zum Ende des Jahres 1920 noch nicht einmal die Steuern für das vorangegangene Jahr bezahlt hat. Von den amtlichen Stellen ist wiederholt zugegeben worden, daß die bestehenden Klassen noch weit stärker zur Steuerzahlung schon auf Grund der geltenden Sätze herangezogen werden könnten, wenn sich in der Praxis nicht so große Schwierigkeiten bei der Veranlagung ergeben würden. Oberflächliche und tendenziöse Beurteiler kommen gewöhnlich durch eine Gegenüberstellung der Dividendenerträge der Aktiengesellschaften und der Arbeitslöhne zu dem übertrahenden Ergebnis, daß die Kapitalrente bei weitem nicht in dem Tempo gestiegen sei, wie das Einkommen der Arbeitnehmer. Das ist natürlich ein Trugschluß. Gerade das abgelaufene Jahr hat deutlich gezeigt, wie unendlich vielgestaltig für den Kapitalisten die Möglichkeiten sind, vom Produktionsertrag den Reichtum abzuschöpfen und die erzielten Gewinne einer steuerlichen Erfassung zu entziehen. Gerade mit Rücksicht auf Arbeitnehmer und Steuerbehörden scheuen sich die Aktiengesellschaften heute, ihre Gewinne in Form von Dividenden auszuschütten. Sie wählen dazu andere Wege. Die meisten deutschen Aktiengesellschaften haben im abgelaufenen Jahr ihr Aktienkapital ein- oder mehrmals erhöht. Hierbei wurden die jungen Aktien gewöhnlich den alten Aktionären zum Nennwert zugeeilt, so daß sich für sie ein recht wertvolles Bezugsrecht ergab. In vielen Fällen erfolgte die Ausgabe von Gratisaktien. Auf das mehrfach veräußerte Aktienkapital wurde trotz alledem bei den meisten Gesellschaften schon für das Berichtsjahr 1920 eine erhöhte Dividende ausgeschüttet, und für 1921 ist nach den Erklärungen der Verwaltungen mit weiteren Steigerungen zu rechnen. Unter diesen Umständen ist es der Wirtschaftspolitik kaum noch möglich, den Anteil des Kapitals am Produktionsertrag für die Gesamtheit der deutschen Aktiengesellschaften rechnerisch festzustellen. Da gleichzeitig trotz des Anfang Dezember eingetretenen Rückschlages am Effektenmarkt noch eine wesentliche Erhöhung des Kursniveaus der an der Börse gehandelten Aktien eingetreten ist, ergibt sich mit unzweifelhafter Sicherheit die Tatsache, daß das Kapital selbst aus der Scheinkonjunktur des Jahres 1921 ganz bedeutende Gewinne ziehen konnte, während die Arbeitnehmer im dem Bemühen, ihr Existenzminimum zu verteidigen, durch die fortschreitende Teuerung immer wieder überholt werden.

Eine der auffallendsten Erscheinungen im deutschen Wirtschaftsleben war im abgelaufenen Jahr die in größtem Maßstab durchgeführte vertikale Organisation der Industrie, d. h. die Zusammenschließung der Unternehmungen verschiedenster Branchen zu großen Kongernen. Hierfür waren mannigfache Gründe maßgebend. In vielen Fällen standen die fusionierten Unternehmungen schon vorher zueinander im Verhältnis von Lieferant und Abnehmer. Das Streben nach Abrundung und Vereinfachung des Produktionsprozesses und der Verkaufsorganisation rechtfertigt die Zusammenballung nur in einem Teil der Fälle. Häufig wurden den großen Kongernen auch Unternehmungen angegliedert, die weder verwandten Branchen angehörten, noch sonst in technischen Beziehungen zu den Stammgesellschaften gehörten. So umfaßt der Stinnes-Konzern heute außer den großen Montanbetrieben und Schiffbauinteressen auch Papierfabriken, Zeitungen und Nachrichtenbüros. Diese eigenartige Erscheinung gibt einen Fingerzeig für eine der Haupttendenzen des Konzentrationsprozesses. Es gilt nicht nur gewisse wirtschaftliche Kräfte aus technischen und kaufmännischen Gründen zusammenzufassen, sondern auch die wirtschaftspolitische Stokkraft zu erhöhen und die öffentliche Meinung im Sinne gewisser wirtschaftspolitischer Tendenzen zu beeinflussen. Die vertikale Organisation der Unternehmerinteressen ist also eine sehr geschickte Gruppierung und Zusammenfassung zum Zweck des wirtschaftlichen Kampfes, insbesondere des Kampfes um den Produktionsertrag. Wie die Gewerkschaften das Gegenstück bilden zu den horizontalen Organisationen der Unternehmertums, den Syndikaten, Kartellen und Arbeitgeberverbänden, so muß durch entsprechenden Ausbau des Betriebsrätesystems ein Gegengewicht für die vertikale Organisation der Kongerne geschaffen werden.

## Rundschau.

Die neuen Postgebühren vom 1. Januar 1922. Eine außerordentliche Steigerung der Portofälle ist vom Reichstag kürzlich beschlossen worden. Bei allen Sendungen an die Schriftleitung und den Verbandsvorstand sind diese Portogebühren unbedingt zu beachten. Strafbots kann infolge der außerordentlichen Erhöhung nicht mehr gezahlt werden. Bei allen ungenügend frankierten Sendungen muß infolgedessen die Annahme verweigert werden. Die Portofälle betragen:

- Postkarten, Ortsverkehr: 75 Pf., Fernverkehr im Inland: 1,25 M., Briefe: Ortsverkehr: bis 20 Gramm 1,25 M., über 20—250 Gramm 2 M., Fernverkehr im Inland: bis 20 Gramm 2 M., bis 100 Gramm 3 M., bis 250 Gramm 4 M.
  - Druckbogen: bis 50 Gramm 50 Pf., bis 100 Gramm 1 M., bis 250 Gramm 2 M., bis 500 Gramm 3 M., bis 1000 Gramm 4 M.
  - Druckbogenarten: 40 Pf.
  - Anschlagskarten mit höchstens fünf Worten: 40 Pf.
  - Geschäftspapiere: bis 250 Gramm 2 M., bis 500 Gramm 3 M., bis 1000 Gramm 4 M.
  - Warenproben: bis 250 Gramm 2 M., bis 500 Gramm 3 M.
  - Päckchen: bis 1000 Gramm 4 M.
  - Postanweisungen: bis 100 M. 2 M., bis 250 M. 3 M., bis 500 M. 4 M., bis 1000 M. 5 M., bis 1500 M. 6 M., bis 2000 M. 7 M.
  - Zahlscheine: bis 100 M. 75 Pf., bis 500 M. 1,50 M., bis 1000 M. 3 M., bis 2000 M. 4 M., bis 5000 M. 5 M., darüber 6 M.
  - Kassenscheine: feste Gebühr 75 Pf. Außerdem wird eine Gebühr von einem Fünftel vom Laufend des Betrages dem Kontoinhaber angerechnet. Ueberweisungen bleiben gebührenfrei.
  - Pakete: Mahzone: bis 5 Kilo 6 M., von 5—10 Kilo 12 M., von 10 bis 15 Kilo 20 M., von 15—20 Kilo 30 M., Fernzone: bis 5 Kilo 9 M., von 5—10 Kilo 18 M., von 10—15 Kilo 30 M., von 15 bis 20 Kilo 40 M. Dringende Pakete kosten das Dreifache.
  - Wertsendungen: Die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgeldgebühr, welche beträgt a) bei Wertbriefen für je 1000 M. der Wertangabe 1,50 M., b) bei Wertpaketen für je 1000 M. der Wertangabe 2 M., mindestens bei einer Sendung 3 M.
  - Einschreibungsgebühr: 2 M.
  - Ueberschickungsgebühr: für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 3 M., nach dem Landbestellbezirk 9 M., für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk 6 M., nach dem Landbestellbezirk 12 M.
  - Gebühr für gewöhnliche Telegramme: Für jedes Wort 1 M., mindestens 10 M.
- Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (bestimmte Päckchen nicht zugelassen), sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren

**Die Briefsendungen gehen weiter nach Zugunsten, Österreich und Westpolen;** jedoch sind Päckchen nur nach Westpolen zugelassen. Nach Ungarn gehen die Zustellgebühren für Briefsendungen nicht mehr; jedoch bleiben für Ungarn niedrigere als die Westpostvereinsgebühren für Briefe bis 20 Gramm und für Postkarten bestehen. Gleiche Ermäßigungen für Briefe bis 20 Gramm und für Postkarten werden im Verkehr nach der Tschechoslowakei eingeführt.

Die Westpostvereinsgebühren betragen vom 1. Januar 1922 ab: für Postkarten 2.40 M., jedoch nach Ungarn und der Tschechoslowakei 1.80 M.; für Briefe bis 20 Gramm 4 M., jede weiteren 20 Gramm 2 M. (Westgewicht 2 Kilo), jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 3 M., jede weiteren 20 Gramm 2 M.; für Drucksachen für je 50 Gramm 80 Pf., für Blindenschriftensendungen für je 500 Gramm 40 Pf. (Westgewicht 3 Kilo), jedoch nach Tschechoslowakei für je 500 Gramm 10 Pf.; für Geschäftspapiere für je 50 Gramm 80 Pf., mindestens 4 M.; für Warenproben für je 50 Gramm 80 Pf., mindestens 2 M.

Die Einschreibgebühr und Rücksendgebühr ist auf 2 M., die Eilbestellgebühr für Briefsendungen auf 8 M. festgesetzt.

Die Gewichtsgebühr für Werklästchen beträgt 1.60 M. für je 50 Gramm, mindestens 8 M. Die Behandlungsgebühr für Wertpapiere wird in Höhe von 2 M. erhoben. Die Versicherungsgebühren erfahren keine Änderung.

Der neue Steuerabzug vom Lohn ab 1. Januar 1922. Vom Reichstag wurde kurz vor Jahreschluss ein Abänderungsgegesetz verabschiedet über die Steuerermäßigungen nach § 46 Absatz 2 (Steuerpflichtiger, dessen Ehefrau und Kinder) und Absatz 2 (zur Abgeltung der nach § 13 zulässigen Abzüge, insbesondere Werbungskosten). Nach dieser neuen Gesetzesnovelle zum Einkommensteuergesetz werden die Ermäßigungen für den Steuerpflichtigen, dessen Ehefrau und Kinder — verdoppelt. Die anderen Ermäßigungen für Werbungskosten — verdreifacht. Die Verbandsmitglieder haben bei der ersten Lohnzahlung ab 1. Januar das vorzulegende zu beachten und sind auf Grund des bisherigen Abzuges leicht in der Lage die zulässigen Abzüge selbst zu kontrollieren, ohne daß wir in diesem Zusammenhang Beispiele anführen brauchen.

Gewerkschaftliches. Auf Veranlassung des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen traten am 15. Dezember im Reichstagsgebäude Vertreter der beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen und Delegierte des Reichsausschusses zu einer Besprechung zusammen. Zur Beratung stand die Durchführung der Mindestforderungen zum wirtschaftlichen Schutz der Jugend und zur Reform des Lehrlingswesens. Gleichzeitig wurden die die Jugend betreffenden Bestimmungen der Gesetzentwürfe über die Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitslosenversicherung einer kritischen Betrachtung unterzogen. In der Beurteilung aller Fragen ergaben sich übereinstimmende Ansichten. Als vorläufig wichtigstes Ziel wurde die Änderung der Gewerbeordnung allseitig anerkannt, durch die jetzt den Lehrlingen schwere wirtschaftliche Schädigungen erwachsen. Anfang Januar soll eine erneute, nötigenfalls erweiterte Zusammenkunft unter Einwirkung der Fraktionsvorstände über zu unternehmende gemeinsame Schritte beschließen.

Urabstimmungen über Beitragserhöhungen haben bis zum Jahreschluss in einer Anzahl Gewerkschaftsorganisationen stattgefunden. Jede Abstimmung hat für höhere Leistung votiert. Die Beiträge selbst sind in den Organisationen noch recht unterschiedlich und stehen in einer ziemlichen Differenz zueinander. Die Höhe wird bedingt von den Bedürfnissen der einzelnen Organisationen und läßt sich kaum nach einem Schema regeln, trotzdem ist eine gegenseitige Annäherung in der Beitrags- und Unterstützungsleistung sehr erwünscht.

Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung. Der Reichstag hat am 17. Dezember ein Gesetz über Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung in dritter Lesung verabschiedet. Das Gesetz bringt wesentliche Erhöhungen der Zulagen. Berichte, welche die Hälfte oder mehr ihrer Erwerbsfähigkeit verloren haben, und die Empfänger von Hinterbliebenen- und Angehörigenrenten werden durch die neuen Zulagen so gestellt, als ob ihre Rente nach einem Jahresarbeitsverdienst von 12000 Mark (bei Unfällen landwirtschaftlicher Arbeiter: von 8100 Mark) berechnet würde. Die neuen Zulagen sollen vom 1. Januar 1922 an gezahlt werden. Da aber ihre Anweisung einige Zeit in Anspruch nehmen wird, so werden die bisherigen Zulagen noch bis zum 31. März 1922 weitergezahlt und auf die neuen Zulagen angerechnet.

Soziales. Eine Arbeitsgemeinschaft für Unfallversicherung ist durch Zusammenschluß der Verbände der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings und des Vereins der Maschinenbauanstalten geschaffen. Die Anregung zu diesem Zusammenschluß stammt aus den Kreisen der Holzarbeiter. Der Zweck dieser Arbeitsgemeinschaft ist die Förderung der Unfallversicherung. Insbesondere soll die Gemeinschaft erreichen, daß Maschinen und Betriebseinrichtungen den Forderungen zum Schutze der Arbeiter entsprechen. Es soll angestrebt werden, daß die Maschinen nur mit den erforderlichen Schutzvorrichtungen in den Verkehr gebracht werden.

Proletarische Frauenarbeit. Wie wichtig es ist, daß das soziale Leben, daß die Berufsarbeit auf die besondere Natur der Frau Rücksicht nimmt, zeigt die Tatsache, daß die Zahl der in Gewerbebetrieben beschäftigten Frauen im letzten Jahre wieder um 17000 gestiegen ist, so daß jetzt ungefähr 1/2 Millionen Frauen im Gewerbe beruflich tätig sind. Die Zunahme der Frauenarbeit ist vor allem in dem Aufleben des Webstoffgewerbes zu suchen. In der Metall-, Maschinen- und chemischen Industrie ist ein Rückgang an Arbeiterinnen zu verzeichnen, während die Zahl der proletarischen Frauen in der rheinisch-westfälischen Industrie wieder den Vorkriegsstand erreicht hat. Leider ist der Wöchnerinnenchutz bei der großen Zahl proletarischer Frauen noch mangelhaft. Auch sind die tariflichen Bestimmungen, durch die für einzelne Gewerbe die Frauenarbeit aus gesundheitlichen Rücksichten verboten ist, noch nicht sehr zahlreich. Es würde manches besser sein, wenn sich die proletarischen Frauen allgemein ihrer organisatorischen Pflichten besser bewußt wären.

**Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.**

Die in Nr. 48 des „Steinbauers“ veröffentlichten Abänderungen zur Ergänzungen zum A.-L.-L. sind in Heftform erschienen und können zum Preis von 35 Pf. bezogen werden. Die Allgemeinverbindlichkeit ist beantragt. Portoversparnis halber bitten wir die Bestellungen aus den Jahrestagen gesammelt einzureichen.

**Briefkasten.**

Ufj. Kr. Eine geistliche Handhabung, den empfangenen Arbeitsverdienst zu fordern und eventuell einzuklagen, haben nur Arbeiter und Angestellte, die im Wochenlohn, nicht im Stundenlohn beschäftigt sind. Erst wenn diese außerordentlichen religiösen Feiertage gesetzlich verboten wären und trotzdem Betriebschluss erfolgte, dann hätte der Arbeitgeber für den Lohnausfall aufzukommen, aber daran ist unter heutigen Verhältnissen nicht zu denken. Die fragliche Angelegenheit ist nur betriebsmäßig zu regeln: Energiischer Betriebsrat, gestützt auf eine nicht wandernde Belegschaft!

Dehlingen C. Die Frage ist nicht klar und kann deshalb nicht beantwortet werden. Wir müssen wissen, wer Inzidenzrente bezieht und was die Mutter in diesem Zusammenhang soll.

D. Sch. Sobald J. dort auftaucht, sofort Nachricht. Er hat das ihm gezeigte Vertrauen der Genossen schwer mißbraucht und wird von der Staatsanwaltschaft gesucht (Betrug und Unterschlagung). Eine amtliche Stellung darf niemals Grund zum Vertrauen sein.

**Die letzte Mahnung im alten Jahr!**

Mit der ersten Woche 1922 tritt die neue Beitragsregulierung in Kraft. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Mitglieder bis zum Jahreschluss mit der Beitragsleistung auf dem Laufenden sind; denn nach dem 1. Januar 1922 dürfte es um so schwerer fallen, rückständige Beiträge mit auszugleichen. Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das Jahr 1921 mit 53 vollen Wochen abschließt und demzufolge auch 53 Wochenbeiträge geleistet werden müssen. Am Sonnabend, dem 31. Dezember, ist die 53. Woche zu leben.

**Abrechnung der Hauptkasse vom 3. Quartal 1921.**

Einnahme.		M.
An Guthaben aus den Zahlstellen		87 769.18
Für Eintrittsgeld		5 124.—
Beiträge à 3.50 M.		843 210.—
à 3.00		341 502.—
à 2.50		312 885.—
à 2.00		248 088.—
à 1.50		81 565.50
à 1.00		27 256.—
Erwerbslosenmarken		16 939.—
geliefertes Material an die Zahlstellen		1 954.40
Abonnements und Inserate		2 925.60
Sonstige Einnahmen (Zinsen, Penzionalfonds, Staudinger usw.)		25 527.38
a conto-Zahlungen der Zahlstellen auf 4. Quartal 1921		5 081.86
<b>Summa</b>		<b>1 494 827.87</b>

Ausgabe.		M.
Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:		
a) Gauleitungen	92 102.30	
b) Zentralvorstand	8 045.—	
c) Zuschuß für Lokalfeststellungen	50 242.25	
d) Tarifberatungen (Reichs- und Bezirks-tarife)	14 698.99	165 088.54
Für Unterstützungen:		
a) Arbeitslosenunterstützung	13 351.10	
b) Reiseunterstützung	789.25	
c) Krankenunterstützung	85 757.80	
d) Sterbeunterstützung	3 365.—	
e) Streikunterstützung	713 617.65	
f) Gemahregelungenunterstützung	7 069.25	
g) Umzugsunterstützung	100.—	
h) Notfallunterstützung	2 160.—	
i) Rechtschutz	41 767.88	868 157.93
Für Verwaltung (persönliche):		
a) Gehalt	39 749.75	
b) Versicherungsbeiträge	6 564.40	
c) Revisionen und Vorstandssitzungen	1 450.55	
d) Verbandsausgleich	—	
e) Mantelgeld	75.—	47 839.70
Für Verwaltung (sachliche):		
a) Bureau- und Heizung, Reinigung, Licht	1 274.25	
b) Telefon, Schreib- und Badmaterial	2 888.55	
c) Porto, Bestellgeld, Straßporto	2 210.—	
d) Neuanschaffungen und Reparaturen	1 495.—	
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinder und Stempel	10 712.50	
f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten	2 072.76	
g) Verwaltung und Depotspesen für Wertpapiere	77.20	
h) Postschickgebühren	145.16	
i) Sonstige Ausgaben	2 560.40	23 385.82
Für Verbandsorgan:		
a) Redaktion	4 862.50	
b) Honorar für Mitarbeit	840.20	
c) Expedienten	3 000.—	
d) Druckkosten und Papier	23 486.80	
e) Porto, Fracht und Kollaud, Adressen und Streifenänder für Versand	14 800.60	
f) Gewerkschaftliche Frauenzeitung	886.30	47 826.40
Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	874.30	
Unterrichtskurse u. Betriebsratszeitung	5 350.20	6 224.50
Sonstige Ausgaben:		
Beitrag a. d. deutschen Gewerkschaftsbund internationalen	5 819.—	
Delegationen und Konferenzen	2 327.60	
Besondere Unterstützung f. d. ungarischen Revolutionsopfer	4 308.70	
Besondere Unterstützung für den Taubstummenbund	5 000.—	
Anteil der Lokalkassen an den Beiträgen	800.—	
Guthaben der Zahlstellen vom 2. Quartal 1921 zurück	269 901.30	
<b>Summa</b>		<b>1 451 331.97</b>

**Bilanz.**

Bestand am Schlusse des 2. Quartals 1921	2 409 504.26
Einnahme vom 3. Quartal 1921	1 494 827.87
<b>Bestand und Einnahme</b>	<b>3 904 332.13</b>
Ausgabe vom 3. Quartal 1921	1 451 331.97
Bestand d. Hauptkasse am Schluß des 3. Quart. 1921	2 453 000.16
Davon waren beim Abschluß noch in den Lokalkassen	211 275.37
bleiben in der Hauptkasse	2 241 724.79
Leipzig, im Dezember 1921.	Ludwig Geiß, Kassierer.
Die Revisoren:	gez. Thomas Saug, Paul Mödel, Max Seiler.

**Abrechnung der Zahlstellen vom 3. Quartal 1921.**

Einnahme.		M.
An die Hauptkasse nicht abgeforderte Gelder		211 275.37
Anteil der Lokalkassen an den Beiträgen		269 901.30
Lokalausgleich auf die Beitragsmarken		159 574.85
Sonstige Einnahmen		61 897.04
Guthaben aus der Hauptkasse zurück		5 152.48
<b>Summa</b>		<b>707 801.64</b>

**Ausgabe.**

Erwerbslosenunterstützung am Ort	8 414.55
auf der Reise	911.28
bei Krankheit	27 216.75
Streikunterstützung	62 218.25
Gemahregelungenunterstützung	1 189.—
Sterbeunterstützung	430.—
Rechtschutz	15.—
Notfallunterstützung	8 250.05
Agitation	11 879.54
Verwaltung (persönliche)	106 818.42
(sachliche)	48 964.96
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	29 076.92
Delegationen und Konferenzen	49 802.31
Sonstige Ausgaben	45 489.02
Guthaben bei der Hauptkasse	5 081.86
Bestand der Hauptkasse zurück	87 769.18
<b>Summa</b>	<b>492 006.64</b>

**Bilanz.**

Bestand am Schlusse des 2. Quartals 1921	871 845.54
Einnahme im 3. Quartal 1921	707 801.64
<b>Bestand und Einnahme</b>	<b>1 579 647.18</b>
Ausgabe im 2. Quartal 1921	492 006.64
<b>bleibt Bestand</b>	<b>1 087 640.54</b>
Davon gehört der Hauptkasse	211 275.37
<b>bleibt Bestand für die Lokalkassen</b>	<b>876 365.17</b>
Leipzig, im Dezember 1921.	Ludwig Geiß, Kassierer.

**Adressenänderungen.**

- 1. Gau. Götting. Prof.: Otto Ludwig, Schützenallee 26.
- 2. Gau. Dreisbach, Post Höhe, Westermab. Prof.: Joh. Orthey, Kass.: Josef Beutzel II.
- 3. Gau. Jümmelungen. Kass.: Friedrich Greuter, Mauerstein, Unt Ergen (Baden).

**Neue Bücher, Zeitschriften usw.**

Neue Bahnen der Kulturpolitik von Konrad Haenisch. Aus der Reformpraxis der Deutschen Republik. J. H. W. Dieß Nachf., Stuttgart, Buchhandlung Vorwärts, Berlin. — Wer heute an der geistigen und sittlichen Genesung des deutschen Volkes arbeiten will, der muß auf den Kampfplatz treten, zu dem das Werk Hoenischs zielklar emporführt. Allen streitbaren Geistern für eine deutsche Kulturpolitik großen Stils dient dieses Werk als wirksame Waffe. Wir werden gelegentlich Auszüge aus dem Buche zum Abdruck bringen.

„Im Dienste der Entente“, ein französischer Geheimbericht. (J. H. W. Dieß Nachf., Stuttgart, — Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Preis 1.50 M.)

Diese Schrift „Im Dienste der Entente“ fußt auf dem Geheimbericht Nr. 7, den Conrad Haufmann bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte nach dem französischen Originaltext herausgegeben hat. Genosse Keil gibt diesen Bericht jetzt der organisierten Arbeiterschaft bekannt und versetzt damit den grundlegenden Verbreitern der „Dolchstoßlegende“ einen wirklichen Stoß ins Herz. Der Bericht stellt sich als ein Propagandamittel großen Stils gegen den machtkäuflichen militärischen Klüngel der Hergt und Helfrich dar.

„Das wackelnde Kapital“ von Curt Heinig, Verlag J. H. W. Dieß Nachf., Stuttgart, — Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Preis 2.50 M.

Diese Broschüre behandelt nun in vom Verfasser bekannter Art kurz und bündig die Fragen der bekannnten und der geheimen Gewinne der deutschen Großindustrie. Es handelt sich um eine Abwehr- und Kampfbroschüre. Sie wird in der Agitation wertvollste Dienste leisten, im besonderen auch wird sie in Fabrik und Werkstatt nützliche Aufklärung bringen. Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte sollte diese Schrift lesen.

Ohne Planwirtschaft kein Aufbau. Eine Aufklärungsschrift von Rudolf Wissell und Dr. Alfred Striemer. (Bd. 1 der Sammlung „Gemeinschaftskultur“.) Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach), Stuttgart, Broch. 5 M., Kart. 7 M.

Erziehung im Gemeinschaftsgeist. Von Dr. Anna Siemsen. (Bd. 2 der Sammlung „Gemeinschaftskultur“.) Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach), Stuttgart, Broch. 5 M., Kart. 7 M.

Die „Betriebsrats-Zeitung“ ist von jedermann für 3 M. vierteljährlich durch jedes Postamt erhältlich, in Berlin ist sie in den Zeitungskosten und bei den Straßenhändlern käuflich.

**Berichtungs-Anzeige.**

Rein Mitglied soll fehlen. Karlsruhe, Ettlingen, Baden-Baden, Itzsbach, Sonntag, den 8. Januar, mittags 1 Uhr, im Scheffelhof, Ede-Rudolf- und Ludwig-Wilhelm-Straße in Karlsruhe.

**Anzeigen**

**Berlin**

Dienstag, den 3. Januar 1922, abends 8.30 Uhr im Gewerkschaftshaus (Großer Saal) **Berammlung aller Branchen.**

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Statutenänderung des Zentralvorstandes und Verbandsauschusses und Beschlussfassung darüber. 2. Wie weit gehen die Befugnisse der einzelnen Abteilungen. 3. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

**Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methode!** Franz Siegler, Bildhauer und Schriftzeichnerei Gießen (Hessen). Für Anfänger Unterricht im Schriftzeichnen auf Millimeterpapier!

**Mehrere Steinmetzen**

auf schwedische Granite und Syenite für einfache Arbeiten, Tagelohn oder Akkord, sofort gesucht. Kost und Logis im Werk. **Granitwerk Kronach, Gläsel & Weber.**

**3—4 tüchtige Plastersteinrichter sofort gesucht.**

Leimbach & Co., G. m. b. H., Säulenbajalwerke Werk Dberriedenberg b. Brückenau (Unterfranken).

**Tücht. Steinmetz f. sof. gesucht**

Bildhauer Hugo Meier, Detmold, Paulinenstraße 2.

**Granitsteinmetz gesucht,**

selbständiger Arbeiter, perfekt in Montage und Werkzeuge schärfen **Granitwerk Hameln a. d. Weser.**

**Sandsteinfachmann**

gesucht mit praktischer langjähriger Erfahrung im Bruchbetrieb, möglichst Steinmetzmeister, für kleinen erweiterungsfähigen Bruch mit Steinmetz- und Grabsteingeschäft. Der Betreffende soll mit allen vorkommenden Arbeiten durchaus vertraut und den Betrieb praktisch leiten können. Ausführliche Offerten unter S. A. 55 an die Schriftleitung eintreten.

**Gestorben.**

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis einzuwandeln werden.)  
In Berlin am 6. Dezember der Schriftbaur **Friedrich Dummett**, 78 Jahre alt, Schlaganfall, am 17. Dezember der Schriftbaur **Karl Zell**, 67 Jahre alt, Lungentuberkulose.  
In Dresden-Pirna am 10. Dezember der Sandsteiner **Herrn. Penndorf**, 57 Jahre alt, Lungentuberkulose.  
In Langenluthen am 10. Dezember der Hilfsarbeiter **Christian Bernheimer**, 85 Jahre alt, Blutvergiftung.  
In Bunzlau am 11. Dezember der Sandsteiner **Bruno Schindler**, 39 Jahre alt, Lungentuberkulose.  
In Reichenbach (Odenwald) am 15. Dezember der Werkzeugmeister **Philipp Steinmann**, 86 Jahre alt, Hirnma.  
In Sorau (Einzel) hier: der Sandsteiner **Max Rabisch**, 40 Jahre alt, Lungentuberkulose.  
Gedenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Windler, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.